

# Sohrauer Stadtblatt

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

**Erscheinung**  
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
**Bezugspreis:** Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pf.

**Druck und Verlag von**  
P. Hunold's Stadtdruckerei, Sohrau OS.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

**Anzeigen-Preis:**  
für die einseitige Zeile bis zum Raum 15 Pf.  
Zusätzliche-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem Erscheinungstage.

Nr. 102.

Freitag, 28. 12.

Sonnabend, den 28. Dezember 1918.

Freitag, 28. 12.

40. Jahrg.

## Bürgerkrieg in Berlin.

Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr wurde die Regierung im Reichstagsgebäude von der zu ihrem Schutz bestellten Matrosenwache, die zur Sportausgruppe hält, überfallen. Vor dem Volksbeauftragten Ebert und Landenberg erschienen zwei Matrosen der Wache in voller Ausrüstung und erklärten, daß sie den Befehl von dem Kommandanten Dorenboch der Volksmarinedivision erhalten hätten, die Tore des Hauses zu schließen und keinen der Anwesenden heraus- und niemanden hineinzulassen. Gleichzeitig hatten sie auf Befehl die Telefonzentrale besetzt und den telephonischen Verkehr von und mit dem Hause unterbunden. Die Sperre, welche die Abwicklung wichtiger Regierungsgeschäfte verhinderte, dauerte fast eine Stunde lang. Um 5/6 Uhr gaben die Matrosen auf den energischen Einspruch des Volksbeauftragten Ebert den Zugang zum Hause und den Telefonverkehr wieder frei. Am Abend wiederholte sich die Besetzung des Reichstagsgebäudes. Berliner Truppenteile, die zum Schutze herbeigezogen waren, trafen ebenfalls in der Wilhelmstraße ein. Nach längeren Verhandlungen gelang es, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre, die Matrosenwache zum Abzug zu bewegen, während gleichzeitig die Truppen abgezogen.

Am Sonnabend vormittag kam es zu blutigen Straßenkämpfen. Es wird darüber aus Berlin gemeldet:

Berlin, 24. Dezember. Heute morgen von 8 Uhr an tobten um Schloß und Marstall, die von der Volksmarinedivision besetzt lagen, erbitterte Kämpfe, bei denen die Garde-Kavallerie-Division gegen Schloß und Marstall vorging, wobei es unter anderem auch zu Artilleriefeuer kam. Einige Minuten nach 11 Uhr wurde aus dem Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit den Befehlshabern der Truppen verhandelte. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr die Matrosen erst einzeln, dann in kleineren Gruppen abgezogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten auch die Geschütze wieder abfahren. Die Matrosen haben 68 Mann verloren, die teils tot, teils schwer verletzt sind.

Berlin, 24. Dezember. Die heutige Mittagszeitung schreibt über das heut Vormittags einseitige Feuergefecht um Schloß und Marstall, daß vormittags das ganze Schloß, der Marstall sowie der Lustgarten von Artillerie und zwar von Truppen des 3. Garde-Feld-Artillerie-Regiments umstellt waren. Gegen den Marstall war um diese Zeit ein heftiges Maschinengewehrfeuer im Gange. Der Marstall hat bereits stark gelitten. Seine Fassade ist völlig zerstört. Das Schloß wird erneut heftig von Artillerie beschossen. Gegen 1/2 11 Uhr wurden 200 Matrosen im Volkseipräsidium eingeliefert. Stadtkommandant Wels wird nach demselben Blatt im Marstall festgehalten. Kurze Zeit später wurde das Feuergefecht eingestellt und Verhandlungen zwischen Artillerie und Matrosen angebahnt, die einen günstigen Verlauf zu nehmen scheinen. Bisher sind 12 Tote festgestellt worden.

Zum Verständnis der Vorgeschichte wird in den Blättern daran erinnert, daß bereits seit längerer Zeit ernste Klagen über Disziplinlosigkeit bei der Volksmarine-Division laut geworden waren. Ein großer Teil der Leute tat keinen Dienst und terrorisierte die pflichtgetreuen Kameraden.

Die Matrosen erhielten bisher nicht dieselbe Löhnung, wie die Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr. Sie sollten die ihnen noch zustehenden Beträge in Höhe von 80000 Mark erhalten, sobald sie das Schloß geräumt

und sich zu ihren Eintruppenteilen begeben haben würden. Montag vormittag wurde angeblich bekannt, daß der Stadtkommandant sich der Einreihung der Marine in die Soldatenwehr widersetze.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Der schlimmste Zustand einer durch papierne Erlasse gemilderten Anarchie hat gestern seinen Höhepunkt erreicht. Eine unzufriedene Gruppe konnte den Reichstagsgebäude in seinem Amtsgelände einsperren, den Stadtkommandanten und zwei seiner Gehilfen kurzerhand verhaften. Wenn solche Zustände auch nur einige Stunden anhalten können, ohne daß sich die Autorität findet, die nachdrücklich dagegen einschreitet, dann hat Deutschland aufgehört, ein Staat zu sein.

Berlin, 24. Dezember. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ wurden die Straßenkämpfe heute vormittag gegen 1/2 10 Uhr eingestellt. Ledebour erschien im Auto und hielt eine Ansprache, in der er die Matrosen ersuchte, den Bürgerkrieg einzuhüllen. Es fanden dann ausgedehnte Verhandlungen statt, die zur Freilassung des Kommandanten Wels führten. Möglich wurde der Kampf wieder aufgenommen. Potsdamer Artillerie und Potsdamer Mannschaften an der Spitze der Matrosendivision vor, der sich bewaffnete Zivilbevölkerung angeschlossen hatte. Die Matrosen wurden zur bedingungslosen Übergabe des Schlosses aufgefordert, weigerten sich aber entschieden, worauf die Garde-Truppen das Feuer eröffneten. Das königliche Schloß ist stark beschädigt. Viele Zimmer befinden sich in einem überaus traurigen Zustande. Die Matrosen fordern die sofortige Absetzung der Regierung und Einsetzung einer Regierung Ledebour-Liebnecht. Es finden weitere Verhandlungen statt; doch rechnet man mit weiteren Straßenkämpfen. Bis jetzt gab es 12 Tote und 79 Verwundete; doch glaubt man, daß diese Zahlen zu niedrig angegeben sind.

Neue Kämpfe um den „Vorwärts“.

Berlin, 26. Dezember. Am ersten Feiertage hatten sich Tausende von Neugierigen vor dem Schloß und dem Marstalle eingefunden, die durch die Besetzung entstandenen Beschädigungen der beiden Gebäude zu besichtigen. Gegen Mittag kam ein großer Zug von Menschen vom Siegesdenkmal her durch das Brandenburger Tor die Linden entlang nach dem Marstalle, wo sich wohl mehr als zehntausend Menschen angesammelt hatten, die lebhaftest Hochrufe auf die Matrosen und Liebnecht ausbrachten. Liebnecht hielt eine Ansprache an die Versammelten. Es kam indessen zu keinen Ruhestörungen. Am Abend lag der Schloßplatz völlig im Dunkel. Da verlief sich allmählich die Menge. Ein Zug von etwa 800 Menschen begab sich nach der Lindenstraße nach der Druckerei des „Vorwärts“. Die Sicherheitswache wurde überwältigt und entwaffnet. Eine Abteilung des Zuges besetzte die Druckerei und brachte ein auf dem Hofe des Gebäudes befindliches Panzerautomobil mit Maschinengewehren aus dem Gebäude heraus. Es wurde ein Flugblatt auf rotem Papier gedruckt, welches mittelste, daß der „Vorwärts“ wieder in den Händen der Unabhängigen Sozialisten sei und daß er künftig wieder unter dem Titel „Der rote Vorwärts“ erscheinen werde.

In später Stunde verlief sich die Menge vor dem Vorwärtsgebäude, das dann wieder von republikanischen Truppen besetzt wurde. Diese stürmten in das „Vorwärts“-Gebäude ein, entfernten die Eindringlinge und setzten eine Sicherheitswache in der Redaktion.

Fortbestehen der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 24. Dezember. Die Verhandlungen zwischen der Reichsleitung und der

Obersten Heeresleitung haben das Fortbestehen der Obersten Heeresleitung in Wilhelmshöhe bis zum Abschluß des Vorfriedens als Resultat gebracht.

Die Wahl zur preussischen Landesversammlung.

Berlin, 21. Dezember. (Amtlich.) Die von der preussischen Regierung beschlossene Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung lehnt sich eng an das Reichswahlgesetz an. Die Mitglieder der Landesversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen nach den Grundfragen der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer einschließlich die Personen des Soldatenstandes und die Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlabschlusstage sind die gleichen wie im Reichswahlgesetz. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Preußen sind. Auf 100 000 Einwohner entfällt im Allgemeinen ein Abgeordneter. In 23 Wahlkreisen, die sich an Provinzen und Regierungsbezirke anlehnen, werden insgesamt 401 Abgeordnete gewählt. Die Wahlen finden am 26. Januar statt.

Ursache des deutschen Zusammenbruchs.

Aus London wird der „Neuen Züricher Zig.“ von ihrem Vertreter telegraphiert: General Maurice, der über die Ursache des deutschen Zusammenbruchs ein Buch geschrieben hat, betont, in englischen Militär- und Marinekreisen bestehe, was die deutsche Flotte anbetrifft, ein Gefühl der Mißbilligung für die Matrosen, weil sie revoltierten und dann ihre Schiffe dem Feinde auslieferten. anstatt dem Feinde zu trotzen, selbst in einem Verzweiflungskampf gegen überlegene Kräfte, um wenigstens die Ehre zu retten, wie man so viele Beispiele davon in der britischen Marine finde. Was die deutsche Armeebetreffe, deren große Tapferkeit anerkannt wird, so faßt man die allgemeine Ansicht in das Wort zusammen, sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.

Gerechtigkeit, Herr Präsident!

Berlin, 21. Dezember. Das Militärwochenblatt bringt einen Artikel des Obersten von Bismarck, des früheren Militärbevollmächtigten in Washington, den es so heißt: „Ein offenes Wort an Wilson! Das Kriegsende warft ich keine Spielerei. Es ist die Vernichtung des friedlichen Herzes und alles dessen, was keinen Kampfhandlungen fähig sein kann. Nach diesen Grundfragen ist auf beiden Seiten gehandelt worden. Danach bietet der Krieg genügend Gelegenheit zu humanem Handeln. Wenn Ihnen, Herr Präsident, nicht nur die einseitig heftigste Presse der Entente, sondern auch die deutsche und uns vielfach gerät beurteilende zentrale zur Kenntnis gebracht worden wäre, würden Sie bei Ihrem hart ausgeprägten Gerechtigkeitssinn getreten haben, daß bei uns das Streben zu humaner Verständigung in besonderem Maße vorhanden war. Wenn Sie jetzt, bevor Sie sich der großen, erhabenen Aufgabe der Friedensvermittlung zuwenden, durch die vom Krieg verurteilten Gebrühen in allen deutlicher Nachsicht herangeführt werden, dann bitten wir Sie, Herr Präsident, dabei schon jetzt die ewigen Grundfragen des Rechts und der Gerechtigkeit“ wolle zu lassen, deren Vernichtung wir anstreben. Dann lassen Sie sich vorher nicht nur die vom deutschen Generalstab für die Befriedigung einer begrenzten Zone gegebenen Anweisungen, sondern auch die Feuerbefehle der englischen und französischen Oberen Kommandostellen für die gesamte Ostfront vorlegen. Dann wird sich erweisen, wessen Granten mehr an der Befriedigung der belgischen und französischen Orte mitgewirkt haben. Daß wir fast dauernd mit der Mission harrten mußten und im Durchschnitt auf 100 feindliche Granten 1 deutsche zurücksenden konnten, ist weltbekannt und wird durch spätere Statistiken erwiesen werden. Verflämten Sie auch nicht die Waffenstillstände anzuwenden, wo wir „Barbaren“ auch die mit unseren Gefallenen, für die Verteidigung des Vaterlandes gefallenen Taten gemeinsam ruhenden Gegner durch zahlreiche edle Deutwörter gerührt haben, und wo nach unserem Fortgang Unbehagen die deutschen Grabdenkmäler in empfindlicher Weise geschändet haben. Gerechtigkeit, Herr Präsident Wilson, wollen wir, nichts anderes.“

Die Gewalt Herrschaft im besetzten Gebiet.

Aus Berlin, 22. Dezember wird gemeldet: Der Vorstand der deutschen Waffenstillstandskommission tritt mit,

Der Bericht über die Besetzung von Frankfurt a. M. ist gestern von den Franzosen besetzt worden. Entgegen den Befehlen von Maréchal Foch hat der französische Oberkommandant verfügt, daß alle männlichen Personen, die nicht bereits vor dem Einzuge beschlagnahmt waren, interniert werden, wenn sie sich nicht innerhalb 48 Stunden entfernen. Diese Anordnung trifft eine große Zahl von Oberbahnbauarbeitern und viele Handwerker der dortigen Hauptwerkstätte der größten für die Gegend arbeitenden Lokomotivwerkstätten, die dadurch vollständig lahmgelegt wird. Diese Maßnahme macht es Deutschland unmöglich, die in Trier übernommene Ausrüstung von Lokomotiven durchzuführen. Von der Wasserstraßenabteilung in Speyer ist Protest eingelegt worden. Der französische Brigadeführer von Hirsch hat geantwortet, daß der gesamte Bezirk unter dem besten Gebiet und der neutralen Zone, also auch zwischen Hirsch und Frankfurt a. M. völlig geipert wird. Alle erteilten Befehle sind für ungültig erklärt. Die Franzosen haben in der Gegend von Hirsch die Schienen angezogen. Hierdurch entsteht in den Bezirken von Frankfurt in kürzester Frist Arbeitslosigkeit. Die französische Besatzung hat gleichzeitig die Stellung von Gelehrten, welche das Wohlverhalten der Arbeiter gewährleisten sollen, angeordnet. Gegen diese Anordnung, die zu dem Verlust der Wasserstraßenabteilung in Widerspruch steht, ist Protest erhoben worden.

### Das Ende und die Schwach der deutschen Flotte.

Der englische Admiral Beatty hatte die Durchsicherung der Wasserstraßenverhandlungen vor See auf die Auslieferung des U. S. mit dem Kapitän Robert Schilling in der Zeit drei englische Wasserfahrzeuge, mit Rücksicht auf die erhebliche Bergangsbereitschaft des Bootes verzögert. Das Boot ist infolgedessen doch ausgeliefert worden, weil die deutschen Überwachungsbeamten nicht auf die Gelegenheit verzichten wollten, die für die Überführung der Boot nach England von deutscher Seite gebührende Entschädigung von 500 Mark für jeden Mann der Besatzung zu verdienen. (1)

### Der polnische Präbident als Triumphtor in Posen eingezogen.

Posen, 27. Dezember. Paderewski ist gestern abend 9 Uhr, von Danzig kommend, in Posen eingetroffen und hat sich im Bierspänner durch die Hauptstraßen der Stadt unter kläglichem Rundgebungen nach dem Hotel fahren lassen. Sein Einzug glied einem Triumphzug, an dem Zehntausende teilnahmen.

### Die polnischen Wahlen in Preußen nicht gestattet.

Berlin, 21. Dezember. Das preussische Ministerium des Innern hat vorläufig die Behörden angewiesen, die von der polnischen Regierung in Warschau angeforderten Wahlen, die den Bedingungen des Waffenstillstandes entsprechen, nicht zu gestatten. Gleichzeitig hat das Justizministerium darauf hingewiesen, daß die Beteiligung an diesen Wahlen ebenfalls unter den Hochverratsparagrafen fällt und die Annahme der Wahl als Amtsanmaßung zu betrachten sei.

### Die russischen Verluste im Kriege.

Bern, 20. Dezember. Das „Berneer Intelligenzblatt“ meldet: Der rumänische Botschafter in Madrid, Stajowski, erklärte: Die russischen Verluste betragen nach offiziellen Angaben an Toten: 1.700.000, an unheilbar Verwundeten 1.450.000, an Verwundeten 3 1/2 Millionen, an Gefangenen 2 1/2 Millionen Mann. Das ergibt einen Gesamtverlust von 9.150.000 Mann.

### Der Nachfolger Solfs.

Zum Nachfolger von Dr. Solf ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen Graf von Brodowski-Nanjan zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt worden.

### Die Franzosen setzen die zehntägige Arbeitszeit ein.

Wie die Franzosen im besetzten Gebiete herrschen, geht daraus hervor, daß sie in einer Reihe von Fabriken anstatt der achtstündigen eine zehntägige Arbeitszeit angeordnet haben. Gleichzeitig haben sie für sämtliche Arbeiter einen Tageslohn von nur 4,50 Mark festgelegt, die sich der zehntägigen Arbeitszeit unterziehen. Wer mit dem Tageslohn von 4,50 Mark nicht zufrieden ist, wird ohne weiteres nach Nordfrankreich abgeführt. Trotz dieses niedrigen Lohnes sind noch keine Ermäßigungen für die Höchstpreise der Nahrungsmittel eingeführt, wenngleich die Franzosen bei den Bauern z. B. Hühner zu 1 Fr. und Eier zu 10 Centimes pro Stück requirieren.

## Polales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 27. Dezember 1918.

(Die Weihnachtstage) verließen, wie die früheren Kriegswachposten, still und unter dem Druck schwerer daterländischer Sorgen. Wohl waren viele Krieger ihren Lieben wiedergegeben und freuten sich mit ihnen unter dem geschützten, jedoch meist lichtlosen Weihnachtsbaum; aber viele Familien empfanden diese Friedenswachen doch besonders schmerzlich, nachdem sie die Hoffnung auf die Wiederkehr ihrer Geliebten nun endgültig begraben mußten oder in Gedanken im fernen Feindesland weilten, wo noch so viele der Unseren in menschenunwürdiger Gefangenschaft schmachten. Und

wieder andere trauerten um die verlorene Ehre und Größe unseres Vaterlandes, wie um die Verkümmernng des deutschen Kaiserthrons. Wohin man blickte, Trübsal, Leid, Trauer und stummer Schmerz. Wenn trotzdem das Weihnachtsfest aus etwas zu geben hatte und dennoch dazu angetan war, die gedrückten Herzen wieder aufzurichten, so war es unser teurer christlicher Glaube, der in dieser Zeit der bitteren Traurigkeit unsere stärkste Hoffnung ist.

(Die Weihnachtstage) der katholischen Kleinkinderschule, welche am vorigen Sonntag nachmittags im Schützen'schen Saale stattfand, nahm wie alljährlich wiederum den schönsten Verlauf. Die anmutigen Aufführungen unserer lieben Kleinen wirkten in dieser trüben Zeit auf Herz und Gemüt recht erquickend und lösten unter den anseherndlich zahlreich erschienenen ungetheilten Beifall aus. Zum Schluß fand eine Verlosung prächtvoller, in der Spieltheater angefertigter Handarbeiten statt, welche viel Ueberraschungen brachte.

(Der landwirtschaftliche Lokalverein) Sobran und Umgebung hält heute Freitag nachmittags eine Sitzung ab, in welcher außer der Auswahl des Vorstandes u. a. auch eine Besprechung der Lohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter erfolgt.

(Als Fortbildungsschullehrer) anstelle des als Rektor nach Friedrichshütte berufenen Lehrers Herrn Hollmann ist seitens des Magistrats Herr Lehrer Welkman gewählt worden.

(Die deutsche demokratische Partei) hat in Rybnik eine Ortsgruppe gegründet. Vertrauensmann ist Kaufmann Anton Raabe, an dem auch Anmeldungen zu richten sind.

(Das Eisenerz Kreuz) erhielt der Schuhmacher Konstantin Kohnert, ein Sohn der verw. Frau Webermeister Kohnert von hier.

(Besitzwechsel.) Das der verw. Frau Marie Oppawski gehörige Wohnhaus in der Holzstraße hat der Tischlermeister Ferdinand Kuska von hier für 29.400 M. erworben, während die dem Handelsmann Schwann gehörigen Wohnhäuser in der Obervorstadt für 30.000 M. in den Besitz des Schlossermeisters A. Ludwig übergegangen sind.

(Die Wittärenzentscheidung) erfolgt in diesem Monat am Sonnabend den 28. während der gewöhnlichen Dienststunden.

(19000 Mark unterschlagen.) Der in der hiesigen Dampfstraße von A. Stern & Sohn beschäftigte Kantorlehrling Felix B. von hier hat in den letzten zwei Monaten mehrere Beträge in Höhe von einhundert bis zu 6000 Mark, insgesamt 19.000 Mark, welche er bei der Post eingablen sollte, unterschlagen und die Quittungen im Postbuch gefälscht. Vorige Woche kam die Sache ans Tageslicht, worauf B., welcher der Sohn rechtsaffiner Eltern ist, die Unterschlagungen eingestand und nach erfolgter gerichtlicher Vernehmung in Untersuchungshaft genommen wurde. Vom Gelde wurden bei ihm nur ein paar Mark vorgefunden; er will hiervon 10.000 Mark einem Pferdehändler aus Bielefeld beim Pferdemarkt hier selbst ins Geschäft gegeben haben, was jedoch wenig glaubhaft erscheint, zumal festgelegt wurde, daß der erst 17jährige B. in letzter Zeit enorm hohe Beträge, namentlich in zwei hiesigen Lokalen, in leichtsinnigster Weise vergeudet hat.

### Der Verein der Oberschlesier in Breslau

erläßt folgenden Aufruf: Polen hat unter nützigen Vorwänden die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und die Hoffnung, im Trüben fischen und Danzig und Oberschlesien noch vor dem Friedenskongreß an sich reißen zu können. Als Kinder des ober-schlesischen Bodens erheben wir gegen die großpolnische Forderung, Oberschlesien, ein fest menschengebendes deutsches Land, von Deutschland abzutrennen und zu Polen zu schlagen, entschieden Widerspruch. Wir sehen darin eine Ueberwindung des nationalen polnischen Gedankens, die lediglich darauf abzielt, zum Schaden des deutschen Volkes und zum Schaden Oberschlesiens selbst die Machtpolitik Groß-Polens zu fördern. Ein solches Vorgehen ist schon vom Standpunkte des Völkervertrages und des Völkerverbundes unbedingt abzulehnen. Zudem ist Oberschlesien mit Deutschland seit Jahrhunderten auf engste verwachsen, verbandt durch Sprache, deutschem Erdgeist und deutscher Kultur eine große Entwicklung und würde durch eine Verrentigung mit Polen auf die niedrigste Kulturstufe des europäischen Ostens zurückgeworfen werden. Die großpolnische Agitation in Oberschlesien, die jetzt plötzlich alle geschichtlich gewordenen Werte umflürzen will, ist nur eines der verwerflichen

politischen Mittel, die das Polentum jetzt gebraucht, um dem außen und innen schwer in Anspruch genommenen deutschen Volke in den Rücken zu fallen.

Wir verwahren uns mit aller Bestimmtheit dagegen, daß das Land unserer Wege, auf dessen Bedeutung für das deutsche Volk und das deutsche Wirtschaftsleben wir immer stolz gewesen sind, dem Nachzügler Polens zuliebe gewaltsam aus seiner engen Verbundenheit mit deutscher Kultur und deutscher Arbeit gelöst wird und erklären einmütig, daß unser ober-schlesisches Land deutsch ist und immer bleiben soll.

(Die Ansprache der Polen.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Opplo: Wie weit die polnischen Ansprache geht, davon gibt eine Parteikonferenz, die in einer Besammlung polnischer Beamten vorgelegt wurde. Sie beanspruchte ganz Oberschlesien nicht der Ober und von Mittelschlesien einen Teil bis nahe an Breslau heran unter der Begründung, daß diese Gebiete von einer „unzweifelhaft polnischen Bevölkerung“ besetzt seien. Die rein deutschen Gebiete links der Oder hätten dann das Schicksal der Arbeit zu teilen.

(Die historischen Grenzen Polens.) In einem Antworttelegramm an den polnischen Nationalrat hat Ministerpräsident Clemenceau nach dem „Kurier Warschau“ erklärt, daß Frankreich nicht unterlassen werde, was geeignet sei, die Aufwertung eines freien Polens entsprechend den Aspirationen der Nation und in dessen historischen Rahmen zu fördern. — Es dürfte Polen einermachen schwer fallen, den Beweis zu erbringen, daß Oberschlesien, welches seit sechs Jahrhunderten ein Bestandteil des Deutschen Reichs ist, in den „historischen Rahmen“ Polens gehöre!

(Eine Republik Oberschlesien?) Die ober-schlesische Postzeitung enthält in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember eine übereinstimmend lautende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesiens unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechoslowakei anfordert. Hierzu teilt das polnische Katowitzer Blatt „Gazeta Ludowa“ vom 20. Dezember mit, daß von den Angehörigen dieser Idee bereits drei Abgeordnete nach Prag geschickt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberschlesiens machten, aber einer Republik Oberschlesiens sympathisch gegenüberständen. Alles hänge von der Gatte ab. Er habe einer Partei nach Paris geschickt, um über diese Frage Befehl zu erhalten.

(Oberschlesische Proteste gegen das Kultusministerium.) In der Sitzung des ober-schlesischen Reichsrates am 18. D. M. wurde u. a. einstimmig beschlossen, bei der poln. Regierung in Opplo vorzutreten zu werden, daß der Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung betreffend die Fortbildung des Gebiets in der Volksschule für den Regierungsbezirk Opplo in die Kraft gesetzt werden möge. — In der Stadt Opplo protestierten mehrere hundert Eltern und Vormünder aller Städte und Kreise gegen die Schalter der höhereren Schulanstalten gegen die neuen Schulklassen.

(Kein Schulgebet mehr.) In diesen Tagen hört das Schulgebet auf. Keine Kinderhand faltet sich mehr zum Gebet, in der kleinen Dorfschule Hinterpommerns nicht und erst recht nicht in den Schulen der preussischen Großstädte; die Schalter versuchen kein Gebet mehr und singen keinen Choral mehr, wenn sie sich zu gemeinsamen Feiern versammeln. So will es das preussische Ministerium für Volksbildung. Zum Religionsunterricht sind weder Schalter noch Lehrer verpflichtet. Ob man in der Schule überhaupt noch Religion lehren soll oder nicht, soll auf der Nationalversammlung entschieden werden. Jedenfalls besteht hohe Gefahr, daß in absehbarer Zeit der Religionsunterricht aus den Schulen verschwindet und die Bildung entkräftigt werden. Selbst aus den Lehrbüchern würde dann jedes Wort ausgeklammert werden, das an Gott und Christus erinnert. Man begreift solche Dinge natürlich mit Glaubens- und Wissenschaftstreue und beauptet, eine fortgeschrittene Unterrichtsreform verbiete, den Kindern unverständliche Lehren beizubringen. Ja, wenn Religion nur Verstandssache wäre! Aber nun der Gewissensdruck! Da kommt eine einfache christliche Frau und sagt: „Ich habe doch zu Hause keine Zeit, meine Kinder Lieber und Ehrlich zu lehren. Wenn das in der Schule aufgehört, wo sollen es meine Kinder lernen?“ Wohl wird die Kirche ihren Religionsunterricht allen zugänglich machen. Doch die Geschäftlichkeit der Schule bleibt, und ihrem Einfluß sind alle Kinder ausgeliefert, deren Eltern nicht das Schulgeld für die hoffentlich recht zahlreichen christlichen Privatpatronen zahlen können, sofern sie nicht auch noch unterbanden werden!

Wird das so, dann ist die angebliche Gewissensfreiheit wieder für sehr viele ein Gewissenszwang. Es geht nicht, die Jugend ohne Religion zu erziehen.

**(Der Kreisstag Rybnitz)** hat einstimmig beschlossen, der Regierung den Bürgermeister Dr. Lutzsch als Kandidat für den Kreis Rybnitz zu präferieren. Ferner wurde eine Entschliessung für den Verbleib Ober-Schlesien beim Deutschen Reich angenommen. Als Kreispräsident wurde Deponowierat Lukas wiedergewählt, ebenso erfolgte Wiederwahl der Herren Bockmann und Lukas als ordentliche Mitglieder in den Verwaltungsrat der Kreisparlotte und der Herren Schweikfart und Radlik als Stellvertreter. In die Einkommensermittlungskommission kamen als ordentliche Mitglieder die Herren Krawitz, Sigmond und Radlik, als Stellvertreter die Herren Brauer, Dietz, Stiel und Wasser. Der Kreisstag beschloss, es bei der Bestimmung, das zur Gültigkeit von Beschlüssen wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend sein müssen, zu belassen. Die Reisekosten und Tagelöhner sollen auch dem Kreis für Staatsbeamte erhöht werden. Die Errichtung einer zweiten Kreisbauaufsichtsstelle wurde beschlossen; für diese zweite Stelle ist der Kreisbauaufsichtsrat Schwalm in Aussicht genommen. Die Angliederung der Amtsbezirke Radlik, Bruntlau und Rodoschan soll erst erfolgen. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden. Die Liste für Amtsbeamte wurde erlassen.

**(Amerika und die deutschen Kriegsanleihen.)** Von österreichischer Seite wird gemeldet: Im Reichskanzleramt sind jetzt Arbeiten im Gange, die die Fragen der Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande durch inaktive Anleihen zum Gegenstande haben. Diese Verhandlungen sind auf einen Beschlus der Vereinigten Handelskammern Amerikas zurückzuführen, wonach drucklose Staats- und Reichsanleihen als ein geeignetes und unter Umständen erweisliches Zahlungsmittel anzusehen seien.

**(Wahlordnung der Wahlordnung.)** Die Wahlordnung ist in einigen Punkten geändert worden. Danach wird bestimmt, das die Wählerlisten bis zum 30. Dezember auszuliegen sind. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind innerhalb 14 Tagen zu erheben. Die Wahlvorschläge müssen spätestens am 4. Januar beim Wahlkommissar eingereicht sein. Die Verlobung mehrerer Wahlvorschläge miteinander kann noch spätestens 7 Tage vor dem Wahltag bei dem Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

**(Die neue Kriegsgewinnsteuer.)** Wie die Evidenzliste der Kriegsgewinnsteuer für das Reich durch den Rat der Volksbeauftragten unmittelbar bevor. Sie wird in längstens 14 Tagen veröffentlicht werden, sobald der neue Zentralrat im Gehege zugestimmt hat. Die Steuer soll nach dem Vorschlag des Reiches rund 80 Milliarden aufkommen.

**(Zum Wahlkommissar)** im Wahlkreise des Regierungsbezirks Oppeln wurde vom Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Dr. K. L. und zu seinem Stellvertreter der Regierungsrat Weber, beide in Oppeln, ernannt.

**(Beschränkung der Schlichterlaubnis.)** Der Termin der Schlichterlaubnis für Schlesien ist für Ober-Schlesien bis zum 31. Januar hinausgeschoben worden.

**(Weitere Preiserhöhung der Schuhwaren.)** Da das Leder noch teurer geworden ist und die Arbeitslöhne gestiegen sind, so hat die Gutachterkommission für Schuhwarenpreise eine Erhöhung derselben vom 1. Januar nächsten Jahres verfügt. Danach beträgt der Richtpreis für ein Paar Herrenschuhstücke Boycolt 47 M., für ein Paar Damenschuhstücke 41,50 M.

**(Die Ansprüche der Tschechen.)** Nach einer Mitteilung aus Opatowitz dürfte die Pariser Konferenz den Tschechen folgende deutsche Gebietsteile zugesprochen haben: Vom Kreise Ratibor den links der Oder gelegenen südlichen Teil, ferner die Kreise Lubitsch, Fabelschwerdt, Glaz, Murobe, Waldenburg, Landskron; vom Kreise Gitschberg den südlichen Teil mit Schreberbau, aber ohne Krummhübel und Schandeburg, und südlich vom Kreise Löwenberg den südlichen Teil mit Bad Frittsberg, das fast 3500 Quadratkilometer mit 550.000 Einwohnern, also fast den zehnten Teil Schlesiens mit mehr als einem Drittel der Einwohnerzahl. Volkswirtschaftlich handelt es sich um die

landwirtschaftlich ertragreichen Kreise Ratibor und Lubitsch, die zahlreichen Quellen der Kurorte des Glaz und Waldenburger Berglands sowie des Kalkgebirges und um das niederschlesische Kohlenrevier mit hochentwickelter Industrie.

**(Zum Generalkommando.)** Zum Kommandierenden General des 6. Armee-Korps ist der General der Infanterie von dem Borne ernannt worden. Er führte zuletzt im Felde das 6. Korps.

**(Ein Geschenk des Fürsten Pleß.)** Der Fürst von Pleß hat angeordnet, das von dem im Wetzlarer Fort geborenen Wladimir (Auerbach) eine Anzahl von 80.000 Mark zu erhalten, um aufgestellt und markentreu an die Bevölkerung zur Ausgabe zu gelangen. Die Wladimir haben zurzeit eine Kopfzahl von etwa 80.

**(Keine neuen Orden und Titel.)** Die preussische Regierung erlässt folgende Bekanntmachung: Die Verleihung von Orden findet historisch nicht mehr statt, doch ist es jedermann gestattet, verliehene Orden, insbesondere die Kriegerverdienstmedaillen und weiterhin zu tragen. Die Verleihung von Titeln findet ebenfalls nicht mehr statt. Die verliehenen Titel können weitergeführt werden. Für die Beamten wird eine Anweisung ihrer Amtsbezirke im Anschluss an die in Aussicht stehende Reform des Beamtenrechts und der Beförderungsbekanntnisse vorgenommen. Bis dahin bleiben für sie die bisherigen Bestimmungen der Beamtenbezirke anzuwenden.

**(Steht Du in der Wählerliste?)** Der erste Schritt im Wahlkampf ist der 30. Dezember. An ihm hat sich der Bestimmung des Reichstages des Jahres im ganzen Reich die öffentliche Auslegung der Wählerlisten zu beginnen. Sie dauert nur acht Tage. Es ist höchste Pflicht aller männlichen und weiblichen Personen über 20 Jahre, sich in dieser Zeit davon zu überzeugen, ob sie in die Wählerliste aufgenommen sind. Man kann das auch durch andere ertügel lassen. Wer nicht in der Wählerliste steht, kann am 19. Januar sein Wahlrecht nicht ausüben. Die Nachprüfung ist um so notwendiger, als die Wählerlisten mit größter Sorgfalt und sicherlich nicht mit nachgeschultem Personal aufgestellt worden sind.

**Pleß, 24. Dezember.** Ein Streit ist unter den polnischen Schullehrern in Niedzga-Grzawa zwischen Kreises ausgebrochen. Es wurde von den Lehrern verlangt, in polnischer Sprache unterrichtet zu werden, sie würden, wenn dies nicht geschähe, den Schulbesuch fern bleiben.

**Pleß, 22. Dezember.** (Aus dem fürstlichen Jagdrevier.) Die Jagdergebnisse sind in den fürstlichen Jagdrevieren zurzeit recht gering. Auf einer kürzlich abgehaltenen Feldjagd konnten 7 Schützen nur 7 Hain zu Strecke bringen. Die Wildbände treiben in den großen Forsten des Fürsten ihr Wesen schamlos davon. So mußte Förster Seibel im Libanowitzer Revier fürstlich gegen zwei auf frischer Tat abgefasste Wilderer von der Waffe Gebrauch machen, wobei die beiden getötet wurden. Jotolobow hat die Kunst der Wildbände dem Beamten Kocke gelehrt, weshalb er von dem Fürsten in das Waldenburger Revier versetzt werden mußte. Erst in der Nacht zum Dienstag hatte der Förster Wähler im Wälder Revier ein Zusammenstoß mit 6 Wildbänden, wobei er zwei der Wilderer tötete und dadurch die ganze Bande in die Flucht jagte.

**Sofel DE, 24. Dezember.** Für die hier im Markt verkauften etwa 700 Militärpferde ergaben sich verhältnismäßig niedrige Preise; es gab schon Pferde für 100 M. Für 270 M. war schon ein recht hübsches Pferd zu erwerben. Maultiere wurden für 300 Mark erstanden.

**Ungesandt.** (Für Einkundungen unter diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die prägnanteste Verantwortung.)

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl zur Nationalversammlung, die allein mit unseren Feinden verhandeln und die allein den von uns allen so beherrennten Frieden bringen kann. Die Revolution hat auch den Frauen, sowie den Mädchen vom 20. Lebensjahre ab das Wahlrecht gebracht. Jedermann ist es bekannt, das vor der Abgeordnetenwahl Versammlungen zwecks Aufklärung über verschiedene Wahlfragen abgehalten werden. Anderorts werden die Frauen gegenwärtig hierüber bereits

aufgeklärt, nur in Sohrau nicht, obwohl auch unsere Sohrauer weiblichen Wahlberechtigten am 19. Januar 1919 erstmalig zur Wahlzettel treten. Alle sollen und müssen von ihrem erworbenen Rechte, Abgeordnete zu wählen, Gebrauch machen und wünschen dringend, halbmöglichst gläublich angeklärt zu werden. Darum wird der „Baterländische Frauen-Verein“ von Sohrau aufgefordert, gerade jetzt vor der Wahl recht reg zu werden, Versammlungen einzuberufen und auch auf diese Weise dem Vaterlande in seiner schwersten Stunde beizuhelfen. Was in dieser Hinsicht an anderen Orten unter viel ungünstigeren Umständen möglich geworden ist, kann und sollte auch in unserem ruhigen Sohrau möglich gemacht werden. Wir zweifeln nicht daran, das der hiesige Vaterländische Frauenverein, der sich so oft mit großem Erfolge Vaterländisch betätigt hat, auch hier nicht versagen wird. Wahlreuer denklicher und polnischer Junge werden auch unserer Ortsgruppe sich gern zur Verfügung stellen. Darum, Frauenverein von Sohrau, setze dich reg, eile, und für diesen wichtigen Gang sofort in Versammlungen zu befehlen. R. R.

### Standesamt-Nachrichten von Sohrau. Sterbefälle.

Am 25. Juni der Postkellner Paul Foltwarzsch, 21 Jahre alt; am 20. Dezember die unverehelichte Martha Wiltch, ohne Beruf, 34 Jahre alt; Erich, Sohn des Kaufmanns Johann Radowski, 8 Jahre alt; am 21. die verwitwete Arbeiterin Agnes Kraus, geb. Marx, 65 Jahre alt; am 22. der Pfleger, Grabenarbeiter Felix Kuttka, 41 Jahre alt; am 24. die Witwe Josepha Kottel, geb. Hilla, 68 Jahre alt; am 25. Emil, Sohn des Malers Franz Grunke, 7 Jahre alt; am 27. die ledige Franziska Swolka, 88 Jahre alt.

### Ev. Gemeinde Sohrau OS.

Sonntag den 29. Dezember, vorm. 10 Uhr:

Polnischer Gottesdienst.

Dienstag den 31. Dezember, nachm. 1/8 Uhr:

Deutscher Gottesdienst (Alljahrsabend.)

Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgenossen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungernot und Ausbreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden an Werke, für die fortfallenden Heeresanträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung manigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Privatgewerbe der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde aber aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen.

In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Veränderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldbeträge müssen gebracht werden. Verlasse dich niemand darauf, das vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftskleute nicht ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen können. Berlin, den 19. November 1918.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

### Bekanntmachung.

Wir machen alle Landwirte hiesiger Stadt darauf aufmerksam, das in Kürze eine genaue Bestandsaufnahme von Brotgetreide stattfinden wird. Alle diejenigen Landwirte welche mit der Ablieferung der Brotgetreide-Überschüsse noch im Rückstande sind, haben unverzüglich zur Vermehrung von Welterungen die Ablieferung zu bewirken.

Sohrau OS., den 27. Dezember 1918.

Der Magistrat. Der Arbeiter-Rat.

R. R. R. R.

Osram  
Die bewährte Glühlampe

**B e s a n n t m a c h u n g.**

Die Wahl zur Nationalversammlung findet am 19. Januar 1919 statt. Die hierfür nach den gesetzlichen Bestimmungen aufgestellten Wählerlisten (enthaltend alle männlichen und weiblichen Personen, die am 19. 1. 1919 das 20. Lebensjahr vollenden), haben volle acht Tage, d. h. vom 30. Dezember 1918 bis zum 6. Januar 1919 zu Jedermanns Einsicht auszuliegen.

Indem wir den Auslegungstermin hiermit bekannt geben, erfordern wir dringend im Interesse aller Wahlberechtigten und mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Pflicht, daß von der Einsichtnahme der Listen, welche in genannter Zeit während der Dienststunden von 8-3 Uhr im Stadtssekretariat - Zimmer 3 - öffentlich ausliegen, der ausgiebige Gebrauch gemacht wird, damit erreicht wird, daß jeder Wahlberechtigte auch wirklich in der Wählerliste verzeichnet ist und Zurückweisungen von Personen am Tage der Wahl wegen Nichtaufnahme in die Wählerliste vermieden werden. Da die Listen wegen Kürze der Zeit mit größter Beschleunigung aufgestellt werden mußten, so liegt es sehr nahe, daß Wahlberechtigte versehentlich nicht aufgenommen worden sind.

Während der Auslegungsfrist - also vom 30. 12. 1918 bis 6. 1. 1919 - sind Einsprüche gegen die Wählerlisten schriftlich oder zu Protokoll bei uns zu erheben, über welche der Magistrat in jedem Falle Entscheidung trifft. Nach dem 6. Januar 1919 dürfen Einsprüche nicht mehr angenommen werden.

Als Wahlvorsteher werden tätig sein:  
 1. **Stimmbezirk:** Bürgermeister Reiche, als dessen Stellvertreter Ratmann Sobotta.  
 2. **Stimmbezirk:** Beigeordneter Haaring, als dessen Stellvertreter Ratmann Belgol.  
 Das Wahllokal für den 1. Stimmbezirk ist das Stadtverordnetenstimmungszimmer (Rathaus) und für den 2. Stimmbezirk das große Klassenzimmer in der katholischen Volksschule.  
 Sohrau OS., den 27. Dezember 1918.  
 Der Magistrat. Reiche.

**Verordnung des Militär-Strafgerichtsverfahrens.**

Durch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 5. Dezember 1918 wird das Militärstrafverfahren wie folgt geändert.  
 Mit dieser Verordnung werden sämtliche vom Zentral-Soldatenrat für die Provinz Schlesien bisher erlassenen Bestimmungen über das Militärstrafverfahren hinfällig.

Die Verordnung bestimmt folgendes:  
 1. Die dem Kaiser oder Königsenthaltbaren zustehenden Befugnisse werden vom Rat der Volksbeauftragten angeübt.

2. Die Gerichtsbarkeit der Standgerichte fällt weg. Die zu ihrer Zuständigkeit gehörigen Fälle werden entweder disziplinarisch oder durch Strafverfügung gemäß §§ 349-356 M. St. G. O. erledigt. Durch eine solche Strafverfügung kann eine Strafe bis höchstens 6 Wochen oder 150 Mk. festgesetzt werden.

3. Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens eines Verteidigers bedienen. Als Verteidiger kann jeder an einem deutschen Gericht zugelassene Rechtsanwalt auftreten.

4. Bei Untersuchungshandlungen ist einem der gewählten Vertrauensleute der Soldaten (Soldatenratsmitglied) die Anwesenheit gestattet. Dieser darf auf Verlangen des Angeklagten in der Hauptverhandlung zu dessen Gunsten vor dem Schlußwort sprechen.

5. Bei den Verhandlungen der Kriegsgerichte werden die Offiziere durch gewählte Vertreter des Soldatenrats ersetzt. Bei den Oberkriegsgerichten und den mit 1 Kriegsgerichtsrat besetzten Kriegsgerichten muß je 2, bei den mit 2 Kriegsgerichtsräten besetzten Kriegsgerichten 1 sich in der Dienststellung des Angeklagten befinden; bei mehreren Angeklagten kommt die höchste Dienststellung zu Betracht.

Die Wahl der Vertrauensleute erfolgt im ordentlichen Wahlverfahren durch die Soldatenräte mit einfacher Stimmzettel.

6. Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung darf nur wegen Gefährdung der Stillschließung oder bei einer Verhandlung wegen Verrats militärischer Geheimnisse ausgeschlossen werden.

7. Eine Befähigung der im ordentlichen Verfahren ergangenen Urteile findet nicht statt.

8. Das Recht der Strafmitteilung und des Straferlasses wird von dem Rate der Volksbeauftragten angeübt und kann übertragen werden.

Die Soldatenräte haben daher sofort für das ordentliche Kriegsgerichtsverfahren ständige Vertrauensleute und Stellvertreter für den Fall der Befähigung zu wählen.  
 Zentral-Soldatenrat der Provinz Schlesien.  
 Untersekret.

**Deutsche demokratische Partei**

**Ortsgruppe für den Kreis Hybnit.**

Alle wahlberechtigten Männer und Frauen, welche der Partei beizutreten wünschen, wollen sich wenden an den Vertrauensmann Herrn Anton Maase  
 Hybnit, Kaiser Wilhelmstraße.  
 Telephon Nr. 78.

Am 29., 30. und 31. Dezember ist das Geschäftslokal für jeden Verkehr geschlossen.  
**Deutsche Volksbank Sohrau OS.**

Für Zweck des Vaterl. Frauen-Vereins gingen ein: Frau A. Sobock 100 M., Ungenannt 10 M., Ungenannt 30 M., Herr Sahnfowig-Beck 20 M., Kath. Kleinkinderschule 50 M., Herr Max Zwieg 20 M., Frau Friederike Jwela 10 M., Deutsche Volksbank 9 M., Ungenannt 10 M., worüber herzlich dankend quittiert

Der Vaterl. Frauen-Verein Sohrau O.-S.

**B e s a n n t m a c h u n g.**

Von der Formalität der Neujahrsgratulation haben sich durch Zahlung von Beträgen an die hiesige Ortsmormenliste folgende Herren abgesehen: Kaufmann A. Cohn, Dampfheleibischer R. Dabel, Kaufmann B. Elias, Amtsrichter Dr. Gelber, Rentier Fisser, Fleischermeister Franz Stwihl, Tierarzt F. Haering, Pastor Zenderke, Stadtkretar Ziskl, Kohlenaufmann Kotyba, Lehrer Langer, Stadtpfarrer Loch, Gercholdshofer Müller, Kaufmann Berthold Naib, Gasthausbesitzer A. Nowak, Bürgermeister Reiche, Oberlehrer Seemann, Kassenkontrolleur Spielvogel, Dampfplagewerksbesitzer Seetzen, Kompliklerer A. D. Wilmann.  
 Sohrau OS., den 27. Dezember 1918.  
 Der Magistrat. Reiche.

**B e s a n n t m a c h u n g.**

Für die laufende Woche wird in den bekannten Verkaufsstellen 50 gr poln. Butter (1 Pfund 4,35 Mk.) u. 100 gr Marmelade ausgegeben.

Ausnahmsweise sind diesmal die Bezugs-Abschnitte nebst Quittungen O abzugeben.

Gegen Abschnitt p der Festkarte wird bei allen Kaufleuten 60 gr Käse verkauft. Die Bezugs-Abschnitte p sind bis zum 31. d. M. abzugeben. Der Verkauf beginnt am 3. Januar 1919.

Alle Inhaber von Kreis-Ausfuhr-Genehmigungen erhalten für die Zeit vom 30. d. M. bis 5. Januar 1919 1360 gr 80%iges Weizenmehl und 250 gr Gerste bei Herrn D. Schleiter hier.

Sohrau OS., den 27. Dezember 1918.  
 Der Magistrat. Reiche.

**Reichenberger's Zahn-Atelier**

Sohrau OS., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8-12 Uhr,  
 Nachmittags von 2-6 Uhr,  
 Sonntags von 9-12 Uhr.

**Achtung!**

Es werden fachgemäß Reparaturen aller Systeme Nähmaschinen, Schreibmaschinen, sowie Federäder, elektr. Gasm- und Telephonie-Leitungen, Rufapparate und Bierapparate unter Garantie ausgeführt.  
**E. Knoppek, Mechaniker,**  
 Löpferstraße 93.

**Dominium Pawlowitz**

sucht sofort nach Neujahr für das ganze Jahr 20 Burschen und 40 Mädchen für landwirtschaftliche Arbeiten bei freier Wohnung, Verpflegung und Tagelohn nach Vereinbarung.

Allen lieben Sobrauern rufen wir bei unserem Scheiden ein  
 herzlichstes Lebewohl  
 Rektor Hollmann  
 und Frau.

**Danksagung.**

Für die herrliche Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres geliebten Kindes

**Erich**

sprechen wir hierdurch Allen, besonders Herrn Kaplan Hoppe für die Trost Worte am Grabe und Herrn Lehrer Langer mit der VI. Knabenklasse, den herzlichsten Dank aus.  
 Sohrau OS., den 24. Dezember 1918.

Johann Pallowski und Frau.

Aus dem Heeresdienst entlassen, nehme ich den Betrieb als bahnamtlicher Kofffuhrunternehmer wieder auf.

**Joseph Badrian,**  
 Inh. Georg Badrian,  
 Bahnbedienter, Sohrau OS.

**Lichtspielhaus Sohrau**  
 (Schürstam's Saal.)

Sonntag, den 29. Dezember 1918:

**Lasters Fluch.**

Ergreifendes Drama in 3 Akten.

**Hampels Abenteuer**

Kunstspiel in 3 Akten.

Am Neujahrstage  
 Mittwoch den 1. Januar 1919:  
**Der Herr der Welt.**

Zweiter Teil.  
 Das Aufsehen erregende und hierorts spannend erwartete Drama in 4 Akten.

**Kinderhände.**

Zeitbild in 3 Akten.

**Hochseefischerei.**

Klavierbegleitung

Für Erwachsene: Erste Vorführung  
 1/2 5-7 Uhr, zweite von 1/2 8 Uhr ab.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 Die Spielleitung.

Ein kleineres Hausgrundstück mit etwas Gartenland oder Acker in Sohrau sofort zu pachten oder kaufen gesucht. Gest. Offerten unter A. Z. 200 an die Exped. d. Bl.

**Preuß. Klassen-Lotterie.**

Kasse 1/8 1/4 1/2 1/1  
 à 50. 5.- 10.- 20.- 40.-  
 zu haben.  
 S. Berger, Inh. H. Schleiter, Ring